

Diesen Artikel finden Sie unter: /deutschland-welt/politik/artikel/266193/abgeordnetenwatch-de-will-wahlergedachtnis-sein

Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung

Veröffentlicht am: 12.09.2013

Politiker beantworten Bürgerfragen

Abgeordnetenwatch.de will Wählergedächtnis sein

von Sven Kienscherf



Osnabrück. Das Prinzip ist simpel: Bürger fragen und Politiker antworten. Beides schriftlich und öffentlich dokumentiert. Seit 2004 gibt es das Internetportal Abgeordnetenwatch.de (<http://www.abgeordnetenwatch.de/>). Aber nicht alle Politiker sind Fan dieser Art des Dialogs.

Im Jahr 2004 wurde die Plattform anlässlich der Hamburger Bürgerschaftswahlen gegründet. Mittlerweile können über das Portal sämtliche Bundestagsabgeordnete und alle Direktkandidaten für die anstehenden Wahlen befragt werden. Zudem wird das Abstimmungsverhalten der Bundestagsabgeordneten dokumentiert sowie deren Nebenverdienste aufgelistet. Ein Team von fünf Festangestellten und 20 freien Mitarbeitern kümmert sich um das Portal.

Die Profile der Politiker werden angelegt, ob sie wollen oder nicht. Ob sie auf Fragen antworten, bleibt ihnen überlassen. Ungesüht bleiben unbeantwortete Fragen aber nicht. Zu Beginn der Sommerferien haben die Betreiber Schulnoten (<http://beta.abgeordnetenwatch.de/blog/2013-08-08/antwort-check-das-sind-die-top-und-die-flop-abgeordneten-auf-abgeordnetenwatchde>) an die Politiker vergeben.

Mustergültig haben sich nach Ansicht von Abgeordnetenwatch.de der Linken-Politiker Gregor Gysi und der Grüne Hans-Christian Ströbele betragen. Gysi hat 918 seiner 949 Fragen beantwortet, Ströbele antwortete auf 547 von 579 Anfragen. Hierfür gab es jeweils ein „sehr gut“. Spitzenreiter unter den Parteien ist die Linke. Sie beantwortete seit Juli 78 Prozent (<http://www.abgeordnetenwatch.de/bundestagswahl-1481-0.html>) aller Anfragen.

Ausgerechnet Angela Merkel bekäme dagegen wohl einen blauen Brief ins Kanzleramt geschickt, ginge es nach Abgeordnetenwatch.de. Sie ist das Schlusslicht der Liste, auf der alle Abgeordneten und deren Antwortquoten aufgeführt sind. Auch Familienministerin Kristina Schröder konnte sich offenbar nicht für das Portal erwärmen. Sie blieb die Antwort auf alle 233 gestellten Fragen schuldig. Beide Unionspolitiker bekamen daher ein „ungenügend“.

Aus unserer Region hat Martin Schwanholz 2013 am besten abgeschnitten. Der SPD-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Stadt Osnabrück kann sich über ein „gut“ freuen, sein CDU-Kollege Mathias Middelberg hat dagegen ein „mangelhaft“ kassiert. Das dürfte ihn allerdings nicht weiter stören, da er die Beantwortung der an ihn gestellten Fragen über Abgeordnetenwatch.de ohnehin eingestellt hat. Er möchte die Fragen nicht über eine „anonymisierende Vermittlerinstanz“ beantworten und verweist auf den direkten Kontakt per E-Mail oder sein Wahlkreisbüro. Genauso verfährt seine Parteifreundin Gitta Connemann aus dem Wahlkreis Unterems.

Gregor Hackmack, einer der Gründer der Plattform, kann das nicht nachvollziehen. Seiner Ansicht nach entziehen sich die Politiker so der Überprüfbarkeit ihrer vor Wahlen gemachten Versprechungen. „Alle Antworten bleiben bei uns für immer gespeichert und bilden so ein digitales Wählergedächtnis.“

Peer Steinbrück ist ebenfalls nicht gut auf die Plattform zu sprechen. Bereits 2010 berichtete Abgeordnetenwatch.de über die Vortragshonorare, die den späteren Kanzlerkandidaten dann öffentlich in Erklärungsnot brachten. Er revanchierte sich und nannte die Plattform in einer Fernsehsendung einen „kommerziellen Haufen“.

Ein Vorwurf, den Hackmack nicht gelten lässt. „Wir finanzieren uns über Spenden, lediglich für ein erweitertes Profil müssen die Bundestagskandidaten einmalig maximal 179 Euro bezahlen.“ Hackmack findet das fair: „Unsere Spender sollen nicht den Wahlkampf finanzieren.“

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.